

Gustav Seibt

Europa, Licht der Welt

*Ein Kommentar zu Perry Anderson: Depicting Europe,
London Review of Books am 20.09. 2007*

Seit die Vereinigten Staaten sich im Irak festgefahren haben - im Widerspruch zum Völkerrecht, vor allem aber: erfolglos -, ist in Europa eine neue Selbstgerechtigkeit aufgekommen. Ihr sendungsbewusster Ton erstreckt sich mittlerweile auf alle möglichen Politikfelder, weit über die Außenpolitik hinaus. Von einem „europäischen Modell“ des sozialen Ausgleichs wird gesprochen, Europäisierung soll „neue Politik“ für die Zukunft des einundzwanzigsten Jahrhunderts bedeuten. Eintracht statt Vormacht („harmony not hegemony“) zeige der europäische Politikstil, die Herrschaft des Rechts in den internationalen Beziehungen, überstaatliches Regieren, den Ausgleich von Kapitalismus und Sozialstaat im Inneren. Menschenrechte, Rechte der Natur, Frieden für die Welt das werde kommen, wenn man dem europäischen Modell folge, dem „Licht der Welt“. So sprechen führende europäische Intellektuelle, Ulrich Beck und Jürgen Habermas zum Beispiel, die Briten Tony Judt und Mark Leonard, der Franzose Marcel Gauchet und der amerikanische Wahleuropäer Jeremy Rifkin. Meistens ist es eine gemäßigte Linke, die so redet, eine Linke, die in der Wirklichkeit angekommen ist, aber ihren Träumen von der Überwindung schmutziger Realpolitik treu bleiben will. Aber entspricht diesen Ideen überhaupt eine reale Substanz?

Wie sehr in den europäischen Diskussionen Nüchternheit und Leidenschaft fehlen, wie süßlich und verkitscht unsere Debatten sind, zeigt fast schockartig ein großer Essay des britischen, aber an der Universität von Kalifornien in Los Angeles lehrenden Universalhistorikers Perry Andersen im London Review of Books (20. September). Er unterzieht diese Behauptungen einer Analyse, die man „schonungslos“ nennen müsste, wenn dieser Ausdruck nicht selbst Teil des pseudokritischen Kitsches geworden wäre. Perry Andersen, ein knochenharter Linker alter Schule, ein Marxist, wie nur England ihn noch hervorbringt, hat einen großen politischen Text geschrieben, ein Meisterstück seiner Gattung: kalt, leidenschaftlich, blendend informiert, aufregend und polarisierend.

„Depicting Europe“, Europa zeichnen, heißt er, und er läuft sich langsam warm, um in böser Ironie zu enden. Die oft beschworenen Erfolge der vergangenen Jahre mustert Andersen glaubenslos. Die Währungsunion hat nichts geschadet, aber auch nichts gebracht: Selbst in den kleinen Ländern, die dem Euro fernblieben, waren die Wachstumsraten höher als in der Eurozone. Dänemark und Schweden sind, relativ betrachtet, wirtschaftlich weit erfolgreicher als der ganze Kontinent. Die Einbindung des vereinigten Deutschland bleibt eine offene Frage, die frühestens in zehn Jahren beantwortet wird, wenn der gegen polnischen Widerstand durchgesetzte, reformierte Abstimmungsmodus in der Union in Kraft tritt. Und die Osterweiterung habe dem kerneuropäischen Kapital vor allem billige Arbeitskräfte und neue Investitionsfelder verschafft, während die politischen Systeme dort in folkloristisch-pittoresker Wirrnis verharren; man denke an das Polen der Kaczynskis oder an Ungarn mit seinem deftig lügenden Premierminister.

Die Temperatur des Essays steigt, wenn Perry Andersen sich der Verfassungsbildung in Europa zuwendet: Wann immer ein europäischer Integrationsschritt zur Abstimmung stand, wurde er vom Wahlvolk abgelehnt. Aber man machte trotzdem weiter, so wie jetzt, da aus der Europäischen Verfassung ein „Vertrag“ wird. Die Zweideutigkeit eines Staatenverbunds, der nicht demokratisch organisiert ist - das Parlament bleibt machtlos -, aber auch nicht den offenen Konfliktformen internationaler Beziehungen folgt, löst sich für Perry Anderson in einer dritten Gestalt: Konsensbildung hinter verschlossenen Türen, Innenpolitik mit den Arkana der Diplomatie; dazu als Mitspieler jene Lobbys, die das Tageslicht ebenso scheuen

müssen, wie es die klassische Außenpolitik tat. Das Dämmerlicht der Kanzleien regiert den demokratischen Modellkontinent auf allen Ebenen. Was dabei entsteht, nennt Perry Anderson das „Hayek-Europa“. Weit davon entfernt, vorbildliche Sozialpolitik zu betreiben oder auch nur zu beabsichtigen, wird es regiert von „sachlichen“ wirtschaftspolitischen Eliten, die makroökonomische Entscheidungen ohne den Druck von Wahlen oder auch nur öffentlicher Debatte fällen. Die mächtigsten Institutionen sind hier - im Einklang mit den liberalen Theorien des Ökonomen F. A. von Hayek - die Zentralbank und die Wettbewerbskommission. Haushaltsdisziplin und ungefederter Markt werden hier ohne populistische Störung durchgesetzt. Gerade über diesen Punkt würde sich substantieller Streit, jenseits sentimentaler Europa-Ideen, lohnen: Die nicht diskutierbare Vorgabe der Haushaltsdisziplin mag im Augenblick eine große Härte darstellen; auf lange Sicht dient die Begrenzung der Schuldenlasten nachkommenden Generationen von Schwächeren.

Denn Schulden lassen sich nur auf zwei Wegen abbauen: durchs Bezahlen, also höhere Steuern, oder durch Geldentwertung. Beides trifft in der Regel kleine Leute stärker, als die Vermögenden. Dass die von Europa überall betriebene Verschärfung des Wettbewerbs ein Doppelgesicht zeigt, wird dagegen niemand bestreiten: Einerseits dient sie dem Schutz der Konsumenten vor monopolistischen Preisen, beispielsweise auf dem Energiesektor, andererseits trägt sie zu einer bisher nicht gekannten Brutalisierung im Geschäftsverkehr bei, die von den Briten vorgemacht wurde und die sich nun auf dem Kontinent durchsetzt. doch auch über diese Fragen lässt sich nur diskutieren, wenn man mit Perry Anderson den Blick illusionslos auf die Materialitäten richtet, anstatt der Lebenslüge vom „europäischen Sozialstaatsmodell“ nachzuhängen und sie in immer wieder neuen Varianten vorzutragen.

Für das europäische Selbstbild der Völkerrechtstreue schließlich und für die Idee eines mit Amerika konkurrierenden „wohlwollenden Imperiums“ hat Anderson nur kalten Hohn übrig. Der Dissens im Irak-Krieg war Fassade, Wahlkampf, während hinter den Kulissen alle mitgemacht haben: Deutschland beispielsweise stellte Geheimdienstwissen über Bombenziele in Bagdad zur Verfügung und organisierte die Fluglogistik. Der Osterweiterung der Europäischen Union ging regelmäßig die Erweiterung der Nato voraus, und den Beitritt der Türkei forciert niemand so sehr wie die Vereinigten Staaten, die nur den strategischen Vorteil sehen, während ihnen die europäische „Identität“ herzlich gleichgültig ist. Europa bleibt ein Sub-Imperium der Vereinigten Staaten, wie Perry Anderson mit Kälte festhält.

Als solches hat es nicht einmal eine substantielle eigene Menschenrechtspolitik. An allen amerikanischen Menschenrechtsverletzungen habe das „Licht der Welt“ seit der Ära Clinton mitgearbeitet. Der Flugverkehr mit Gefangenen zwischen Afghanistan und Guantanamo wird über Europa abgewickelt, osteuropäische Geheimgefängnisse bestehen bis zu dieser Stunde, und die Überstellung Gefangener an Folterstaaten wie Ägypten gehörte zum Alltag gerade auch weichgespülter rot-grüner Regierungen. Den deutschen Innenminister Schäuble mit seiner Forderung nach gezielten Tötungen von Terroristen hält Andersen für den schlimmsten Scharfmacher außerhalb Israels. In Wahrheit, so schließt der literarisch hochgebildete Andersen, befinden wir Europäer uns längst in einer postmodern aktualisierten Ibsen-Welt: Stützen der Gesellschaft, die sich als Kuppler der Folter betätigen.

Quelle: Gustav Seibt im Beitrag: Europa, Licht der Welt. SZ/Feuilleton am 28.09.2007. Zu einem Essay von Perry Andersen im London Review of Books am 20. September 2007.